



Ausschuss für Kultur und Medien

6. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Aktuelle Viertelstunde **5**

Thema: **Entlassungen bei der Westfälischen Rundschau**

auf Antrag der Fraktion der SPD

**1 Förderung einer journalistischen Initiative an der Technischen
Universität Dortmund** **12**

Vorlage 16/544

Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (MBEM) berichtet.
Anschließend werden Fragen aus dem Ausschuss
beantwortet.

2 Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren in Nordrhein-Westfalen (Pflichtexemplargesetz Nordrhein-Westfalen) 31

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/179

In Verbindung mit:

Gesetz zur Weitergeltung des Gesetzes über die Ablieferung von Pflichtexemplaren und ausführender Vorschriften (Pflichtexemplarweitergeltungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1274

Der Ausschuss nimmt die Ziffern 3 und 4 des Änderungsantrages – siehe Beschlussempfehlung 16/1915 – mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP an.

Der Ausschuss beschließt den Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Stimmenthaltung der FDP.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/179 wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Stimmenthaltung der FDP angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/1274 ist von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) – kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel 34

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400
Vorlage 16/456 (Erläuterungsband Einzelplan 02)
Vorlage 16/411 (Erläuterungsband Einzelplan 07)

Der Ausschuss nimmt die Einführungsberichte von Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (MBEM) und Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) entgegen.

4 Modernes Regieren im digitalen Zeitalter – Open-Government-Strategie für Nordrhein-Westfalen vorantreiben! 46

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/811

APr 16/109 (Protokoll über die Anhörung im federführenden Innenausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln.

5	Tag der Medienkompetenz 2012	47
----------	-------------------------------------	-----------

Vorlage 16/491

Der Ausschuss verzichtet wegen des in der Vorlage 16/491 enthaltenen Berichts auf einen mündlichen Bericht durch Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (MBEM).

6 EU-Datenschutzreform: Hohe Datenschutzstandards sicherstellen! 48

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1626

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1674

Der Ausschuss kommt überein, sich an dem Sachverständigengespräch im federführenden Ausschuss für Europa und Eine Welt am 26. Februar 2013 nachrichtlich zu beteiligen.

7	Verschiedenes	49
----------	----------------------	-----------

2 Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren in Nordrhein-Westfalen (Pflichtexemplargesetz Nordrhein-Westfalen)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/179

In Verbindung mit:

Gesetz zur Weitergeltung des Gesetzes über die Ablieferung von Pflichtexemplaren und ausführender Vorschriften (Pflichtexemplarweitergeltungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1274

Vorsitzender Karl Schultheis weist darauf hin, der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk habe zu den vorliegenden Gesetzentwürfen kein Votum abgegeben. Als Tischvorlage sei ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten verteilt worden.

Hinweis: Der Text dieses Änderungsantrages ist in der Beschlussempfehlung 16/1915 abgedruckt.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) zeigt sich erfreut über den vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag. Seine Fraktion habe von Anfang an die Überzeugung gehabt, dass sich dieses Thema nicht für eine parteipolitische Kontroverse eigne. Wieder einmal könne festgestellt werden, dass Kulturpolitiker zusammenarbeiten könnten und dieser Politikbereich der Vernunft zugänglicher erscheine als andere Bereiche. Als Ergebnis der Anhörung habe sich herausgestellt, dass der vorgelegte Gesetzentwurf der Änderung bedürfe. Mit den im Antrag vorliegenden vorgeschlagenen Änderungen könne seine Fraktion gut leben. Dem so geänderten Gesetzentwurf werde die CDU-Fraktion zustimmen.

Da sich dadurch der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion erledigt habe, werde dieser zurückgezogen.

Ingola Schmitz (FDP) betont, ihre Fraktion könne mit dem vorgelegten Änderungsantrag leben. Bedenken habe die FDP bezüglich Punkt 3 und zu der unter Punkt 4 zu § 4 Abs. 5 Satz 1 vorgelegten Formulierung, weil die Gefahr gesehen werde, dass das Urheberrecht nicht geschützt sei, weil ein Recht von einem Nichtberechtigten erworben werden könne. Über die Punkte 3 und 4 des Änderungsantrages bitte sie, separat abzustimmen.

Andreas Bialas (SPD) dankt für das gesamte Verfahren und stellt fest, nach der Einbringung des Gesetzentwurfes habe eine qualitativ hochwertige Anhörung stattgefunden, die viele Anregungen ergeben habe. Die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen hätten sich als gewinnbringend und qualitativ äußerst gut erwiesen. Gleichwohl wisse er darum, dass es zu einzelnen Punkten noch gewisse Bedenken existierten. Aber auch insoweit hätten konstruktive Gespräche stattgefunden. Die Fragestellung, wie mit Urheberrechten umgegangen werde und wie sich Kunst und Kultur entwickelten, werde sicherlich noch häufiger behandelt werden. Heute werde zwar das Pflichtexemplargesetz angenommen, aber die sehr reizvolle Thematik werde diesen Ausschuss mit Sicherheit noch lange begleiten.

Daniel Schwerd (PIRATEN) stellt die angenehme und produktive Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen heraus und begrüßt, dass die Piraten ihre Anregungen in diesem ihre Kernkompetenzen berührenden Bereich hätten einbringen können. Glücklicherweise könne nunmehr an die Stelle der Ablieferung auch eine Abholung von Webseiten treten. Möglichst bald sollte im Rahmen von Verordnungen beziehungsweise durch Festlegung der entsprechenden Bibliotheken Rechtssicherheit für die Webseitenbetreiber hergestellt werden, damit diese wüssten, ob für sie eine als für diese nicht praktikabel erscheinende Ablieferung der Webseiten erforderlich sei, sondern die Bibliotheken erklärten, diese Werke abzuholen. Die Piraten wünschten sich auch in Zukunft bei solchen Themen eine solche Zusammenarbeit.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) bedankt sich bei der Landesregierung für den vorgelegten Gesetzentwurf. Nach dem sehr konstruktiven Prozess, für den sich die Grünen bei den anderen Fraktionen bedankten, liege nun ein gemeinsamer Änderungsantrag von vier Fraktionen vor. Die Grünen würden dem Änderungsantrag und dem so geänderten Gesetzentwurf zustimmen.

Der Ausschuss nimmt die Ziffern 3 und 4 des Änderungsantrages – siehe Beschlussempfehlung 16/1915 – mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP an.

Der Ausschuss beschließt den Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Stimmenthaltung der FDP.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/179 wird mit den zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten bei Stimmenthaltung der FDP angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/1274 ist von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden.

